

## Die israelischen Knesset-Wahlen vom 22. Januar 2013

25. Januar 2013

Dr. Hans Maria Heyn

Ilona Stettner

Jörg Knocha

Unter Mitarbeit von:

Rebecca Krey

Jirka Neumann

### IMPLIKATIONEN FÜR DIE PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE

Eine detaillierte Auswertung zu den Ergebnissen der gestrigen Wahlen zur Knesset liefert ein Länderbericht des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung Israel. Die hier vorliegende Analyse hat das Ziel, die Auswirkungen der Knesset-Wahlen auf die Palästinensischen Gebiete zu untersuchen.

### PALÄSTINENSISCHE REAKTIONEN AUF DAS WAHLERGEBNIS

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die Ergebnisse der gestrigen Knesset-Wahlen stießen in den Palästinensischen Gebieten auf wenig Interesse. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die rechten und religiösen Parteien weniger Mandate errungen haben als erwartet. Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat bezeichnete die Wahlen als interne Angelegenheit Israels. Entscheidend sei nicht die Zusammensetzung der Koalition, sondern deren Programm. Dieses müsse auf eine friedliche Koexistenz und der Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung ausgerichtet sein. Der Sprecher der Fatah, Ahmed Assaf, äußerte seine diesbezügliche Skepsis. Dem arabischen Nachrichtensender Al Jazeera sagte er, dass die palästinensische Bevölkerung der größte Verlierer der Wahl sei. Die neue Regierung werde den Friedensprozess weiter beschädigen.<sup>1</sup>

Da die letzten vier Jahre der Regierung Netanjahu keine Fortschritte im Friedensprozess brachten, waren in Ramallah in den letzten Wochen kaum positive Stimmen zum erwarteten Wahlsieg von Likud (Zusammenschluss) und Israel Beitenu (Unser Haus Israel) zu hören. Aus Sicht vieler Palästinenser haben die israelischen Regierungen der letzten Jahrzehnte – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – die Lebenswirklichkeit in den Palästinensischen Gebieten nicht nachhaltig positiv beeinflusst. In Gesprächen geben palästinensische Vertreter zu bedenken, dass alle israelische Regierungen, gleich welcher Zusammensetzung, den Siedlungsbau vorangetrieben hätten. Zu wenig sei dafür getan worden, um einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu schaffen. Anstelle dessen wird nun immer offener die Alternative einer Einstaatenlösung diskutiert.

Auch Xavier Abu Eid, Kommunikationsberater im Negotiations Affairs Department der PLO, zeigte sich in einem Gespräch mit der KAS Ramallah wenige Tage vor der Wahl pessimistisch. Bisher habe die Netanjahu-Regierung trotz internationaler Proteste gegen den Siedlungsbau – selbst von amerikanischer Seite – die Erfahrung gemacht, dass ihre Politik kaum Konsequenzen nach sich ziehe. Vielmehr sei es aus Sicht der Israelis zu Belohnungen gekommen, wie etwa bei der Aufwertung der EU-Handelsbeziehungen. Die Regierung Netanjahu habe dies als Zustimmung der Internationalen Gemeinschaft zur eigenen Politik verkauft. Aus palästinensischer Perspektive habe man jedoch die Hoffnung, dass der internationale Druck auf die israelische Politik zunehme und die israelische Zivilgesellschaft wieder eine aktivere Rolle in der Politik einnehmen werde.

---

<sup>1</sup> AFP, Erekat on elections: Coalition has to want peace, <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4336079,00.html>, abgerufen am: 23. Januar 2013.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

25. Januar 2013

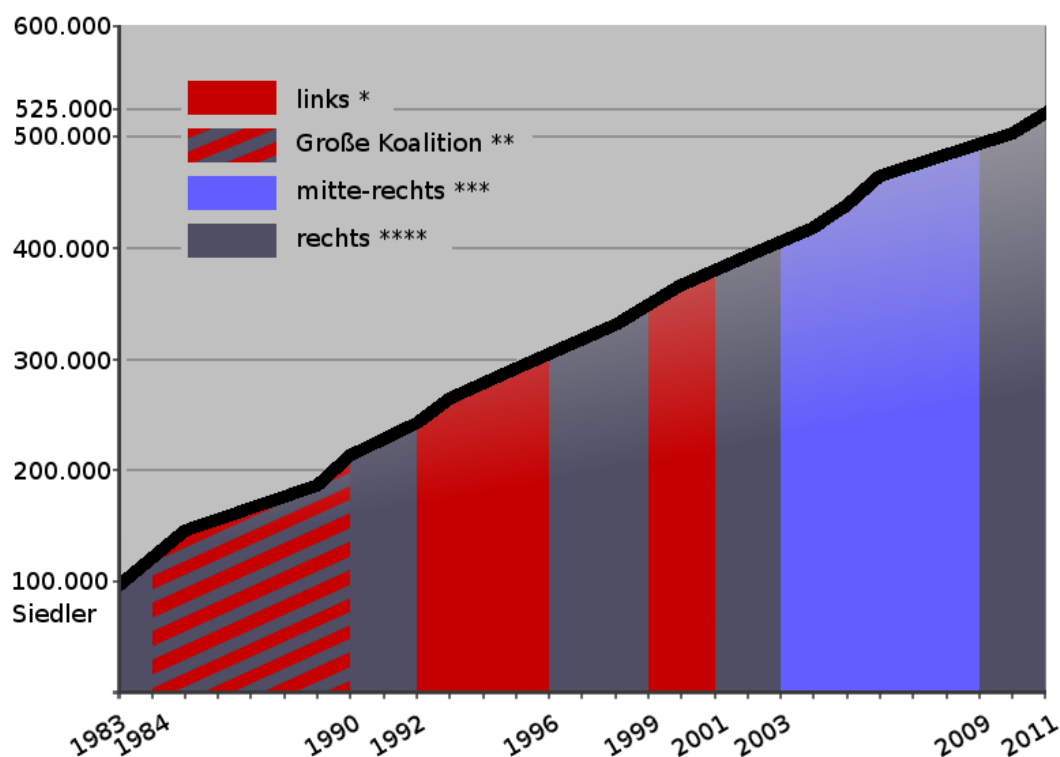
Dr. Hans Maria Heÿn  
Ilona Stettner  
Jörg Knocha

Unter Mitarbeit von:  
Rebecca Krey  
Jirka Neumann

In Gesprächen mit politischen und gesellschaftlichen Vertretern in den Palästinensischen Gebieten im Zuge dieser Wahl wurde der israelische Siedlungsbau immer wieder als größtes Hindernis im Friedensprozess bezeichnet. Nicht nur in Ost-Jerusalem und den großen Siedlungsblöcken<sup>2</sup>, sondern auch mitten im Westjordanland wurden in den letzten Jahren Siedlungen ausgebaut. Laut der israelischen Nichtregierungsorganisation Peace Now fanden in der Amtszeit von Netanjahu in mehr als 6800 Wohneinheiten Bautätigkeiten statt. Über 2600 dieser Wohneinheiten liegen in isolierten Siedlungen östlich der israelischen Sperranlage.<sup>3</sup> Vergleicht man die letzten 30 Jahre, so wird deutlich, dass der Siedlungsbau und die damit verbundene Zerstückelung des palästinensischen Territoriums konstant voranschreiten.

**Anzahl der jüdischen Siedler in den Palästinensischen Gebieten von 1983 bis 2011  
unter den verschiedenen Regierungskoalitionen**

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)



(\* linksgerichtete Regierungskoalitionen bestehend u.a. aus Awoda, Meretz, Shas und EinIsrael  
\*\* Große Koalition bestehend u.a. aus Likud, Alignment und Shas  
\*\*\* mitte-rechts Regierungskoalitionen bestehend u.a. aus Likud, Kadima, Shas und Awoda  
\*\*\*\* rechtsgerichtete Regierungskoalitionen bestehend u.a. aus Likud, Nationalreligiöse Partei, Shas, Kadima, Israel Beitenu und Awoda)  
Quellen: Knesset, <http://www.knesset.gov.il/>, abgerufen am: 22. Januar 2013; PCBS, <http://www.pcbs.gov.ps/DesktopDefault.aspx?lang=en>, abgerufen am: 22. Januar 2013; Peace Now, <http://peacenow.org.il/eng/>, abgerufen am: 22. Januar 2013; CBS-Israel, [www.cbs.gov.il/engindex.htm](http://www.cbs.gov.il/engindex.htm), abgerufen am: 22. Januar 2013.

<sup>2</sup> Als Siedlungsblöcke werden die israelischen Großsiedlungen bezeichnet, die sich in der Nähe der „Grünen Linie“, also der 1949 festgelegten Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Jordanien, befinden. In der israelischen Politik gibt es einen weitgehenden Konsens, dass diese Siedlungsblöcke im Zuge eines Friedensvertrages bei Israel verbleiben.

<sup>3</sup> Vgl. Peace Now, „Settlements and the Netanyahu Government“, 16.01.2013, [http://peacenow.org.il/eng/Netanyahu\\_Summary](http://peacenow.org.il/eng/Netanyahu_Summary) [22.01.2013].

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

**25. Januar 2013**

Dr. Hans Maria Heÿn  
Ilona Stettner  
Jörg Knocha

Unter Mitarbeit von:  
Rebecca Krey  
Jirka Neumann

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wie die untenstehende Tabelle zeigt, spielten wichtige Fragen im Friedensprozess wie der Siedlungsbau, der Status von Jerusalem sowie das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge im israelischen Wahlkampf keine zentrale Rolle. Dieser Trend spiegelt sich nicht nur in den Parteiprogrammen und den Äußerungen führender Politiker wider, sondern zeigt sich auch in der Bevölkerung. Nur 18 Prozent der Israelis bezeichneten kurz vor der Wahl den israelisch-palästinensischen Konflikt als wahlentscheidendes Kriterium.<sup>4</sup>

Im Wahlkampf ist es den rechtsgerichteten Parteien Israels gelungen, den Friedensprozess größtenteils von der politischen Agenda zu streichen. Viele kleinere Parteien ließen während des Wahlkampfes eine Positionierung hinsichtlich palästinensischer Fragen bewusst offen, um nicht als möglicher Koalitionspartner einer Likud-Beitenu Regierung auszuschneiden. Parteien des Mitte-Links-Spektrums wie Yesh Atid (Es gibt eine Zukunft) und Awoda (Arbeiterpartei) unterstützen weiterhin eine Zwei-Staaten-Lösung und äußerten im Wahlkampf ihre Bereitschaft, isolierte Siedlungen im Westjordanland zu räumen. Sollte am Ende doch eine mehrheitlich rechte Regierung unter Einbeziehung der HaBait haJehudi von Naftali Bennett entstehen, so wird sich der Spielraum im Nahost-Friedensprozess für den alten und wahrscheinlich neuen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu weiter verengen.

In einem Gespräch mit der KAS Ramallah machte die Sprecherin von HaBait haJehudi deutlich, dass ihre Partei eine Zweistaatenlösung nicht unterstütze. Stattdessen werde man sich dafür einsetzen, dass Israel die C-Gebiete, also rund 60 Prozent des Westjordanlands annektiert. Den laut HaBait haJehudi 50.000 dort lebenden Palästinensern würde man die israelische Staatsbürgerschaft anbieten.<sup>5</sup> Die palästinensische Autonomie solle sich isoliert auf einzelne Städte und Gemeinden beschränken. Damit wäre die Räumung der israelischen Siedlungen ausgeschlossen und ein palästinensischer Staat mit einem zusammenhängenden Staatsgebiet nicht mehr realisierbar. Um den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen, müssten die Parteien des Mitte-Links-Lagers, die zum Teil bereit scheinen, einer Regierung Netanjahu beizutreten, ihre neugewonnene Verhandlungsmacht nutzen.

Die Palästinenser stehen wiederum vor der Herausforderung, eine einheitliche Verhandlungsposition zu präsentieren, um die schnellstmögliche Wiederaufnahme von Verhandlungen zu erreichen. Eine thematisch eindeutige Handlungsposition mit einem festen Zeitplan, würde es der palästinensischen Führung erlauben, die neue israelische Regierung auf ihre Verhandlungsbereitschaft zu testen.

---

<sup>4</sup> Vgl. Yossi Verter, „Haaretz poll: Israel's right-wing bloc drops to 63 seats, center-left rises to 57“, in: *Haaretz*, 18.01.2013, <http://www.haaretz.com/news/israeli-elections-2013/israeli-elections-news-features/haaretz-poll-israel-s-right-wing-bloc-drops-to-63-seats-center-left-rises-to-57-1.494729> [22.01.2013].

<sup>5</sup> Andere Quellen sprechen von etwa 150.000 Palästinensern, die in den C-Gebieten leben. Vgl. Amira Hass, „Otherwise Occupied: Palestinian ghettos were always the plan“, in: *Haaretz*, 21.01.2013, <http://www.haaretz.com/news/israeli-elections-2013/israeli-elections-opinion-analysis/palestinian-ghettos-were-always-the-plan.premium-1.495144> [22.01.2013].

**THEMEN** (Stand: Januar 2013)

P  
A  
R  
T  
E  
I  
E  
N

	<b>Politische Richtung</b>	<b>Zwei-Staaten-Lösung</b>	<b>Jerusalem</b>	<b>Israelische Siedlungen</b>	<b>Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel</b>
<b>Likud</b> (Zusammenschluss) - <b>Israel Beitenu</b> (Unser Haus Israel)	säkular- nationalistisch- konservativ	Keine einheitliche Position.	Jerusalem als unteilbare, ewige Hauptstadt Israels.	Siedlungsausbau im gesamten Westjordanland. Keine einheitliche Position zur Siedlungsräumung.	Gegen die Rückkehr von Flüchtlingen, auch nicht als symbolischer Akt in geringer Zahl.
<b>Jesh Atid</b> (Es gibt eine Zukunft)	moderat national säkular	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Gegen eine Teilung Jerusalems.	Gegen die Räumung von Siedlungsblöcken.	Gegen generelles Rückkehrrecht.
<b>Awoda</b> (Die Arbeit)	sozial- demokratisch säkular	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Unterstützung der Teilung Jerusalems.	Räumung der meisten Siedlungen, jedoch nicht der Siedlungsblöcke.	Gegen Rückkehrrecht, dennoch als symbolischer Akt in geringer Zahl denkbar.
<b>HaBait haJehudi</b> (Das jüdische Zuhause)	konservativ nationalreligiös	Gegen die Gründung eines palästinensischen Staates.	Jerusalem als unteilbare, ewige Hauptstadt Israels.	Für den Ausbau und gegen die Räumung von Siedlungen.	Gegen Rückkehrrecht, auch nicht als symbolischer Akt in geringer Zahl.
<b>Shas</b> (Sephardische Thorawächter)	sephardisch- ultraorthodox	Kein Programm zur Lösung des Nahostkonfliktes. Dennoch unterstützten sie als Teil mehrerer Regierungen den Siedlungsausbau im Westjordanland und Ost-Jerusalem sowie den Ausbau des jüdischen Charakters Jerusalems.			
<b>Jahadut haTorah haMeukhedet</b> (Vereinigtes Thorajudentum)	aschkenasisch- ultraorthodox	Kein Programm zur Lösung des Nahostkonfliktes. Dennoch unterstützten sie als Teil mehrerer Regierungen den Siedlungsausbau im Westjordanland und Ost-Jerusalem sowie den Ausbau des jüdischen Charakters Jerusalems. Gesamtes Land des biblischen Israels (einschließlich des Westjordanlandes und des Gazastreifens) soll auf ewig dem jüdischen Volk gehören.			
<b>HaTnua</b> (Die Bewegung)	moderat national säkular	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Teilung Jerusalems denkbar.	Räumung der meisten Siedlungen, jedoch nicht der Siedlungsblöcke.	Gegen generelles Rückkehrrecht.
<b>Meretz</b> (Energie)	sozial- demokratisch linksliberal säkular	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Ost-Jerusalem als palästinensische Hauptstadt.	Gegen den Siedlungsbau.	Unterstützung des Rückkehrrechts.
<b>Ra'am</b> (Vereinigte Arabische Liste) - <b>Ta'al</b> (Arabische Bewegung für Erneuerung)	arabisch nationalistisch religiös	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Ost-Jerusalem als palästinensische Hauptstadt.	Gegen den Siedlungsbau.	Flüchtlinge sollen selbst über Rückkehr oder Kompensationszahlung entscheiden.
<b>Hadash</b> (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit)	mehrheitlich arabisch linksliberal sozialistisch säkular	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Ost-Jerusalem als palästinensische Hauptstadt.	Gegen den Siedlungsbau.	Flüchtlinge sollen selbst über Rückkehr oder Kompensationszahlung entscheiden.
<b>Balad</b> (Nation)	arabisch- nationalistisch säkular	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Ost-Jerusalem als palästinensische Hauptstadt.	Gegen den Siedlungsbau.	Flüchtlinge sollen selbst über Rückkehr oder Kompensationszahlung entscheiden.
<b>Kadima</b> (Vorwärts)	moderat national-liberal	Unterstützung der Zwei- Staaten-Lösung.	Keine einheitliche Position.	Räumung der meisten Siedlungen, jedoch nicht der Siedlungsblöcke.	Gegen ein generelles Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge.

(Eigene Darstellung auf Grundlage folgender Quellen: Gespräche mit Parteivertretern und Besuch von Wahlkampfveranstaltungen; Rudnitzky, Arik (Editor), Arab Politics in Israel and the 19th Knesset Elections, Tel Aviv 2013.; Because Israel is Your Jewish Home, Bayit Yehudi, unter: [http://www.youtube.com/watch?v=tiWvN-Jr\\_Js&feature=player\\_embedded](http://www.youtube.com/watch?v=tiWvN-Jr_Js&feature=player_embedded), abgerufen am 15. Januar 2013.; Facebook Profil Yesh Atid, <http://www.facebook.com/search/results.php?q=yesh%20atid&init=quick&tas=0.25743186485862146#!/yeshatid>, abgerufen am 10. Januar 2013.; HaTnua, <http://www.hatnua.org.il/#!hatnua-english/c/kl>, abgerufen am: 11. Januar 2013.)

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

**25. Januar 2013**

Dr. Hans Maria Heÿn  
Ilona Stettner  
Jörg Knocha

Unter Mitarbeit von:  
Rebecca Krey  
Jirka Neumann

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

Zwar ist der erwartete Rechtsruck bei den israelischen Parlamentswahlen ausgeblieben, dennoch sind die palästinensischen Reaktionen von Desinteresse und Resignation gekennzeichnet. Wie dargestellt, spielt es für die Belange der Palästinenser und deren Lebenswirklichkeit kaum eine Rolle, welches Regierungsbündnis in Israel an der Macht ist. Der Anstieg des Siedlungsbaus unter Regierungen jeglicher politischer Couleur gab den Palästinensern bisher wenig Hoffnung auf einen genuine Friedensprozess.

Auch ist fraglich, ob es zu einer zügigen Wiederaufnahme und ungehinderte Überweisung, der momentan von Israel einbehaltenen palästinensischen Steuern und Zölle, kommt.<sup>6</sup> Bereits jetzt ist die finanzielle Situation der PA derart kritisch, dass Ministerpräsident Salam Fayyad seit mehreren Monaten nicht in der Lage ist, die Gehälter der 150.000 PA-Angestellten vollständig auszuzahlen.<sup>7</sup> Ein finanzieller und somit auch administrativer Zusammenbruch der PA in den nächsten Monaten ist nicht auszuschließen. Landesweite Streiks der Staatsbediensteten sind die Folge. Eine neue israelische Regierung wird entscheiden müssen, wie sie mit diesen Fragen umgeht.

Im überraschend starken Mitte-Links-Lager ist ebenfalls wenig Bereitschaft zu erkennen, notwendige Kompromisse im Friedensprozess einzugehen. Eine Studie des Jerusalemer Zentrums für öffentliche und politische Belange aus dem vergangenen Monat zeigt, dass selbst potentielle Wähler linker und zentristischer Parteien eine äußerst unnachgiebige Haltung hinsichtlich palästinensischer Fragen haben. Etwa die Hälfte der Wähler der traditionell auf den Dialog ausgerichteten Awoda, zieht verteidigungsfähige Grenzen einem Friedensabkommen vor und annähernd zwei Drittel würden eine Teilung Jerusalems nicht akzeptieren.<sup>8</sup>

Von israelischer Seite wird darauf gedrängt, dass die Palästinenser auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt verzichten, die international anerkannte „Grüne Linie“ von 1967 als Grundlage für den Grenzverlauf aufgeben und die israelische Kontrolle des Jordantals akzeptieren. Kein palästinensischer Politiker ist in der Lage, diese Leitlinien für ein Abkommen mit Israel in der eigenen Bevölkerung durchzusetzen.<sup>9</sup> Finden keine Verhandlungen statt, schafft Israel durch seine Siedlungspolitik neue räumliche Tatsachen – zu Lasten der Palästinenser. Diese Entwicklung wird von Palästinensern gerne mit der Metapher von zwei Personen beschrieben, die über die Aufteilung eines Kuchens verhandeln, während einer von beiden den Kuchen in aller Ruhe verspeist. Um den Nahostfriedensprozess wieder in Gang zu bringen und die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates zu schaffen, muss jetzt auf beiden Seiten gehandelt werden.



**Impressum**

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Palästinensische  
Gebiete  
Internationale Zusammenarbeit

PO Box 27242 |  
91272 Jerusalem

Telefon  
+972 2 24043-05

Telefax  
+972 2 24043-07

<sup>6</sup> Eine der entscheidenden Punkte des Pariser Protokolls, welches die wirtschaftlichen Beziehungen und Interaktionen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde regelt, ist, dass Israel die Zölle auf Importgüter ins Westjordanland, sowie die Mehrwertsteuer auf Güter, welche in Israel verkauft, aber in den Palästinensischen Gebieten konsumiert werden, sammelt und dann an die PA überweist. Die momentane Zurückhaltung wird von israelischer Seite mit palästinensischen Schulden v.a. in den Bereichen Elektrizität und Wasser begründet.  
<sup>7</sup> Vgl. Karin Laub und Mohammed Daraghme, „Palestinian Prime Minister Salam Fayyad blasts Arab donors“, in: *The Associated Press*, 06.01.2013, <http://www.washingtontimes.com/news/2013/jan/6/palestinian-prime-minister-salam-fayyad-blasts-ara/?page=all> [22.01.2013].

<sup>8</sup> Vgl. Jonathan Lis, „Poll: 67% of centrist Israelis wouldn't elect party that splits Jerusalem“, in: *Haaretz*, 18.12.2012, <http://www.haaretz.com/news/national/poll-67-of-centrist-israelis-wouldn-t-elect-party-that-splits-jerusalem-premium-1.485476> [22.01.2013].

<sup>9</sup> Vgl. Israeli Ministry of Foreign Affairs, Speech by PM Netanyahu to a Joint Meeting on the U.S. Congress (2011).